

Pressemitteilung

Offener Brief an Wirtschaftsministerin Reiche „Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung von Schleswig-Holstein“

Kiel, 19. 03. 2026 – In einem offenen Brief an Wirtschaftsministerin Katherina Reiche warnen DGB Nord, die IHK Flensburg und der Landesverband Erneuerbare Energien Schleswig-Holstein vor negativen Auswirkungen eines geplanten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts. Die Organisationen sehen durch den aktuellen Referentenentwurf Risiken für Investitionen, Arbeitsplätze und insgesamt die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Land.

In der öffentlichen Debatte sei zunehmend der Eindruck entstanden, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt gebremst werden solle. Ein solches Signal wäre aus Sicht der Unterzeichnenden wirtschaftlich sowie klima- und sicherheitspolitisch äußerst problematisch.

„Es geht um mehr als die nachhaltige Produktion von Grünstrom. Vielmehr wird Energiesouveränität zu einem strategischen Standortfaktor. Energie unabhängig und regional gesichert bereitzustellen, bedeutet Resilienz: Energieinfrastrukturen müssen stabil, flexibel und widerstandsfähig gegenüber Krisen, Versorgungsschwankungen und geopolitischen Risiken sein. Das gewährleisten unsere erneuerbaren Energien. Schleswig-Holstein hat dafür beste Voraussetzungen, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen“, sagt Björn Ipsen, Hauptgeschäftsführer der IHK Flensburg.

Die Organisationen weisen darauf hin, dass die Transformation der Wirtschaft einen beschleunigten Netzausbau, eine stärkere Digitalisierung der Netze sowie deren Optimierung und Flexibilisierung erfordert. Nur so könne die Energiewende gelingen und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung gesichert werden.

Für die Erneuerbaren-Branche fasst LEE SH Geschäftsführer Marcus Hrach zusammen: „Der vorliegende Entwurf sendet ein völlig falsches Signal. Dabei liegt seit langem auf dem Tisch, welche Maßnahmen erforderlich sind: Flexibilitäten im Energiesystem müssen stärker genutzt werden. Die Überbauung von Netzverknüpfungspunkten und der Ausbau von Batteriespeichern bieten große Chancen, vorhandene Netze effizienter auszulasten. Ebenso wichtig ist ein konsequenter Bürokratieabbau beim Netzausbau. Die Energiewende braucht jetzt pragmatische Lösungen für mehr Netzkapazität und

mehr Flexibilität - nicht neue Unsicherheiten für Investitionen in erneuerbare Energien.“

Bereits jetzt führten die geplanten Änderungen sowie weitere energiepolitische Maßnahmen zu erheblichen Unsicherheiten in der Wirtschaft. Investitionsentscheidungen würden zunehmend infrage gestellt. Dies könne nicht nur Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien treffen, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette gefährden - von Planung und Bau über Zulieferbetriebe bis hin zu Dienstleistungen.

„Dieser Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium von Katherina Reiche ist das Gegenteil von Planungs- und Investitionssicherheit“ so Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord. „Wegen der neuen Verunsicherung droht in den betroffenen Branchen ein Teufelskreis: Der Ausbau der Erneuerbaren wird nicht nur gebremst, sondern auch teurer. Netzbetreiber werden ihre Ausbauplanungen reduzieren und das führt zur weiteren Blockade neuer Windräder oder Solaranlagen. In dieser Logik bestimmt das langsamste Pferd das Tempo der Energiewende. Frau Reiche, das kann nicht Ihr, das kann nicht unser Anspruch sein. Vielmehr brauchen wir einen Ausbau-Turbo! Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und verlässliche Energie zu erschwinglichen Preisen.“

Besonders deutlich würden die wirtschaftlichen Effekte im ländlichen Raum. Eine aktuelle Auswertung der Gewerbesteuerzahlungen aus der Stromproduktion zeigt, dass im Jahr 2024 allein aus Windenergie- und Solaranlagen zwischen 110 und 120 Millionen Euro in die kommunalen Haushalte Schleswig-Holsteins geflossen sind. Die erneuerbaren Energien leisten damit einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Stabilität vieler Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund fordern die Unterzeichnenden die Bundesregierung auf, kurzfristig Planungssicherheit zu schaffen und eine offizielle Konsultation zu den geplanten Instrumenten einzuleiten. Ein strukturierter Dialog zwischen Politik und Wirtschaft sei notwendig, um den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzubringen und gleichzeitig Versorgungssicherheit, Investitionen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern.

Kontaktpersonen:

Dr. Kirsten Hess, LEE SH +49 152 09872293
Thomas Ritter, DGB Nord +49 170 2079145
Petra Vogt, IHK Flensburg +49 461 806433